

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

England will den Frieden sichern.

Chamberlains Unterhausrede. — Macdonalds Antwort.

Bei Redaktionschluss unserer heutigen Morgenausgabe lag noch nicht der ganze Bericht über die gestrige Unterhausrede vor. Es ist noch folgendes nachzutragen:

Außenminister Chamberlain verteidigte weiter die Regelung gegen den Vorwurf Hendersons, daß sie den Entschluß, das Genfer Protokoll nicht zu empfehlen, ohne vorherige Befragung des Parlaments gefaßt habe, und deutete daraufhin, daß die Arbeiterregierung seine Annahme gleichfalls ohne Befragung des Parlaments empfohlen habe. Deshalb habe Henderson keine Ursache, der Regierung einen Vorwurf zu machen.

In Erwiderung auf die Behauptung Hendersons, daß die britische Regierung und das Parlament sich hinsichtlich jeder Aktion, an der die britische Flotte teilzunehmen hätte, die volle Freiheit vorbehielte, führte Chamberlain eine Stelle aus einem Bericht Bensch an. Danach verbliebe zwar jeder Regierung die Entscheidung darüber, was sie nicht tun wolle, nicht aber die Entscheidung darüber, was sie tun solle. Der ganze Wortlaut des Protokolls sei nicht abgestellt auf die Interessen oder die Lage einer Seemacht, sondern diene lediglich den Sonderzwecken von Staaten mit Landstreitkräften und Landgrenzen, die um den Bestand dieser Grenzen besorgt seien. Chamberlain erklärte weiter: Wenn die englische Regierung auch den Tatbestand würdige, der sich für Frankreich aus dem

Zuschlag durch die amerikanische Ablehnung eines englisch-amerikanischen Garantiepaktes

ergeben habe, wenn sie auch in Betracht ziehe, was sich seit dem Vorschlag Lloyd Georges in Cannes und in den folgenden von Wilson erfüllten Jahren ereignet habe, so stehe es doch nicht in der Macht der britischen Regierung, der französischen oder der belgischen Regierung einen einseitig gegen Deutschland gerichteten Garantiepaktes anzubieten. Dagegen lege die britische Regierung den diesbezüglichen deutschen Anregungen die höchste Bedeutung bei, diese Anregungen müßten mit größter Sorgfalt geprüft werden, ob sie nicht einen Ausweg zu einer neuen besseren Lage der Dinge eröffnen und die

kriegsartige Atmosphäre, die seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Europa herrsche,

zu gestreuen geeignet seien. Er finde sich in Übereinstimmung mit gewissen allgemeinen Grundgedanken, wonach jedes Abkommen nur bestimmten Charakter tragen dürfe und im Geist des Völkerbundes und wenn möglich unter Führung des Völkerbundes geschloffen werden müsse. Weiterhin sei klar, daß die britischen Verpflichtungen nicht auf die Wahrung jeder Grenze ausgebeugt werden könnten. Dieser Vorbehalt bilde einen Hauptgrund dafür, daß Großbritannien das Genfer Protokoll ablehne. Indes müsse man sich darüber klar sein, daß Großbritannien bei dem Versuch, den Frieden zu sichern, das Mittel des Krieges niemals zulassen könne. Durch die Friedenssicherung im Westen würde auch eine Bürgschaft für die Ostgrenzen erreicht werden. Kein Land habe größeres Interesse an der Stabilisierung des Friedens und der Förderung guter Beziehungen zu dem großen Nachbar als Polen und jeder Unparteiliche müsse zu dem Schluß kommen, daß Deutschland irgendeinen Vorteil oder erhöhte Sicherheit durch einen Antritt auf seinen östlichen Nachbarn nicht erreichen könne. Die Macht der wirtschaftlichen Bande würde die großen Nationen dazu führen, eine immer mehr wachsende Freundschaft zu pflegen. Das Wesentliche eines solchen Übereinkommens liege darin, daß

Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde und seinen Platz im Völkerbunde in voller Gleichberechtigung

seiner Verpflichtungen als auch in anderer Beziehung, einnehme.

Chamberlain verwies dann auf die letzte Völkerbundnote an Deutschland und fuhr fort, er wünsche noch eine Bemerkung zu machen, da er wohl voraussehen könne, daß kein fruchtbares Ergebnis entstehen könnte, wenn nicht beiderseits erfolgreich und schnell

die übrigen Verpflichtungen wie die der Abrüstung und der Räumung des Rheinlandes

erfüllt werden könnten. In dem deutschen Vorschlag sei keine Bedingung aufgestellt, daß die Besetzungskräfte für das übrige durch den Versailler Vertrag festgesetzte Gebiet abgeändert oder irgendwie gemindert werden sollte. Seitdem der Frieden unterzeichnet worden sei, sei Europa ebenso wie zur Zeit des Krieges in zwei Lager geteilt. Angst suche die Leute jeder Nation und die Führer jedes Volkes heim. Wenn dies fortdauere, so werde früher oder später Europa einem neuen Kriege zutreiben. Chamberlain schloß: Die Staatsmänner unseres Landes tragen große Verantwortung.

Unsere Politik ist schwankend und inkonsequent gewesen. Unser Einfluß hat etwas durch unser Zaudern und unsere Inkonsistenz eingebüßt, aber eine neue Gelegenheit ist uns jetzt gegeben.

Ich sehe in diesen Vorschlägen die Möglichkeit, daß ein besserer Tag andrückt. Ohne unsere Hilfe wird nichts getan werden, ohne unsere Hilfe werden wir langsam aber sicher einer neuen Katastrophe entgegengehen. Mit unserer Hilfe wird das Kriegstapitel vielleicht abgeschlossen werden und ein friedlicher Frieden wird vielleicht beginnen. Das britische Reich, das durch seine Dominions von Europa gelöst wird, das aber durch die britischen Inseln mit Europa verknüpft ist, kann tun, was keine andere Nation der Welt tun kann. Vom Westen und Osten kommt der Ruf:

Die Entscheidung liegt in den Händen des britischen Reichs. Wenn es will, daß es keinen Krieg mehr geben soll, dann wird es keinen Krieg mehr geben.

Die Rede Chamberlains wurde vom ganzen Haus mit größter Spannung angehört und erzielte auch großen Beifall der Opposition. Als Chamberlain die deutschen Vorschläge auseinandersetzte, herrschte eine atemlos Stille und das Haus war davon starklich erfüllt. Auf der Diplomatentribüne folgte der deutsche Reichstagler Sprecher aufmerksam der Rede.

Nach einer Rede des Liberalen Lloyd George sagte Genosse Ramsay MacDonald,

er habe niemals eine vollständigere und heftigere Anklage gegen den Versailler Vertrag und die nachfolgenden

kleineren Verträge, die nach ihm entworfen und im Geiste des Versailler Vertrages gehandhabt worden seien, gehört, als die Anklage, die loben ihr Miturheber Lloyd George erhoben habe. Das deutsche Angebot laufe, soweit er verstehe, nur darauf hinaus, daß Deutschland die Westgrenzen garantieren wolle und bereit sei, an den Ostgrenzen bestehende Probleme einer schiedsgerichtlichen Lösung zu überweisen. Es müsse eine Erklärung darüber erfolgen, in welcher Beziehung Großbritannien und das britische Reich zu einem Abkommen stehe, das hauptsächlich zwischen Frankreich, den Alliierten Frankreichs und Belgien Bestand haben solle. Ein solcher Pakt wäre den Schwächen aller Parte unterworfen; es bestünde die Gefahr, daß die größeren Mächte in Europa mit den kleineren Mächten Gruppen bilden.

Er bezweifle, daß Krieg aus einem Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland über Grenzprobleme entstehen könnte.

Macdonald fragte weiter, ob an einen allgemeinen Schiedsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland gedacht werde, an dem sich England beteiligen würde, oder ob das Schiedsverfahren nur auf besonders bezeichnete Grenzprobleme, hauptsächlich im Osten, Anwendung finden solle. Macdonald verteidigte hierauf im einzelnen das Genfer Protokoll und schloß, es werde keine andere Sicherheit in Europa geben als die Grundlage des Protokolls, das die drei Hauptdinge enthalte:

Abkühlung, Sicherheit und Schiedsgericht

Nach weiteren Parteireden ergriff

Premierminister Baldwin

um 11 Uhr abend zum Schluß der Debatte das Wort. Er erklärte, es sei noch zu früh, um im einzelnen zu sagen, welches die Rolle Englands sein werde. Chamberlain habe dem Hause alle zur Verfügung stehenden Informationen gegeben. Wenn das Haus in Betracht ziehe, was Chamberlain geäußert habe, so werde es erkennen, daß die Regierung sehr zu erforschen versuche, welche Möglichkeiten dafür bestehen, daß die interessierten Parteien zusammenkommen. Wenn die Bemühungen Chamberlains von Erfolg gekrönt sein werden, werde es

Englands Rolle sein, einen Frieden in Westeuropa zustande zu bringen, der nicht bestanden habe von dem Tage an, an dem der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde.

Man frage, welche Vorteile England sich daraus bieten würden, darauf sei zu antworten, England werde doch wohl alle die Vorteile erhalten, die aus einem dauerhaften Frieden entstünden. Was die Abrüstung betreffe, daß dies zu einem neuen Rüstungswettstreit führe, so erklärt Baldwin, wenn England in einen gegen Deutschland gerichteten Dreiländerpakt oder in irgendeinen anderen Rüstungspakt eintreten würde, so würde es tatsächlich hierdurch gerade einem neuen Rüstungswettstreit aufstößern und dies sei einer der Gründe, der die Fortsetzung zu der Ansicht erbrachte, habe, daß es unmöglich sei, einen anderen Pakt zu unterstützen als einen Pakt, der an sich eine Garantie des Friedens und der gegenseitigen Sicherheit sei. Das Haus dürfe nicht vergessen, daß einer der entscheidenden Faktoren in Westeuropa während dieser letzten Jahre ein hohes Gefühl der Besorgnis und des Mangels an Sicherheit in Frankreich gewesen sei und daß jede Möglichkeit zur Befreiung die er Tendenz einen Gewinn bedeuten würde. Solange jede wirtschaftliche Rückkehr zum Frieden und zur friedlichen Welt nicht verhindert werde, bleibe auch unmöglich, was die Regierung nicht weniger als die Mitglieder der Arbeiterpartei am schärfsten zu sehen wünschten, nämlich die Abrüstung.

Baldwin fuhr fort, die Regierung ziehe die Dominions dabei zu Rate und werde während der ganzen Zeit in engerer Führung mit ihnen bleiben. Er hoffe selbst, daß, wenn man in engere Verbindung komme, die Fragen sich als verhältnismäßig einfach erweisen werden. Die Regierung habe die Dominions ersucht, ihren Vertretern, die der Völkerbundversammlung im Herbst beizuwohnen sollen, zu gestatten, so frühzeitig vor der Genfer Tagung nach England hinüberzukommen, daß man in Verbindung treten und versuchen könne, vereint nach Genf zu fahren, wenn die Zeit dazu gekommen sei. Es sei nicht vollkommen sicher, daß diese Wunsche schon abgepflegt seien, aber wenn nicht, so seien sie in Vorbereitung. Die Regierung sei der Ansicht, daß keine Fortschritte in Europa gemacht werden können, bevor die Denkweise Westeuropas verändert sei. Dies könne aber nur erreicht werden, wenn das Gefühl der Unsicherheit dem der Sicherheit Platz machen werde. Es bestünde

keine Zweifel, daß eine längere Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes der Dinge, die Befreiung des vormals feindlichen Gebiets, wenn sie ungewöhnlich verlängert werde, zu einer sehr ernstlichen Lage in Europa führen werde.

zu einer Lage, der abzuweichen oder die zu überwinden man dann nicht mehr imstande sein würde. Daher habe die Regierung mit einiger Hoffnung die deutschen Vorschläge angesehen, die ziemlich unerwartet gekommen seien und deren Art mehr die Möglichkeit einer dauerhaften Regelung erlösen lasse, als alles, was in letzter Zeit in Europa gesehen sei. Die britische Regierung habe klar verstanden, daß Deutschland auf die Aussichten bzw. auf seine Absicht verzichtet habe, die Grenze im Westen zu verändern.

Im Osten Europas habe Deutschland einen großen Fortschritt vorwärts in Richtung auf den Frieden getan, weil es bereit sei, zu erklären, daß es darauf verzichte, eine Veränderung durch militärische Gewalt vorzunehmen.

Es sei natürlich vollkommen klar, daß Deutschland in kommenden Jahren vielleicht durch diplomatische, durch ein Schiedsverfahren oder auf irgendeine andere friedliche Weise versuchen könnte, eine Veränderung in Osteuropa herbeizuführen. Auf England lasse sich eine tiefere Verantwortung. Er glaube jedoch, daß England sich dieser Verantwortung gewachsen zeigen werde. Baldwin verließ die unsichere Lage Europas mit einem großen Sumps und schloß, wenn man wirklich Sicherheit und Frieden im Westen bekommen könne, so würde man sofort die eine Hälfte des großen Sumpfes abfallen sehen können und man werde ihn dann allmählich auflösen, bis jeder südliche Tag komme, wo man nicht nur die Befreiung des gesamten Europas vollenden, sondern auch noch Europa in einem permanenten Bänderbund zusammenbringen könne.

Otto Braun und die Arbeiterrechte

Ministerarbeit für die Arbeiter.

Die Gewerkschaftspresse tritt ausnahmslos und mit Nachdruck für die Wahl von Otto Braun ein. Wer das Wirken von Otto Braun als Minister kennt, der wird ohne weiteres begreifen, warum gerade die Gewerkschaften sich für Otto Braun einsetzen müssen. Denn auch, und besonders als Minister hat sich Otto Braun mit aller Kraft eingesetzt für die wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterschaft und nicht geögert, gegebenenfalls mit harter Hand durchzugreifen, wenn die Junker sich weigerten, auskömmliche Löhne zu zahlen. Denn Otto Braun hatte bei der Verteidigung der Arbeiterrechte als Landwirtschaftsminister gegen die breitenmüde, harteristische Junkerlasten zu kämpfen, die es nicht vermeiden konnte und kann, aus ihrer Vormachtstellung in Preußen verdrängt zu sein. Aus der Reihe der Laien Otto Brauns für die Arbeiterschaft mag eine Auswahl mehr sprechen, als die Beschimpfungen in der Junkerpresse:

Da ist zunächst die Rede Otto Brauns, die er am 14. Dezember 1920 bei der zweiten Sitzung des Forsthaushalts in der Preussischen Landesversammlung hielt. In dieser Rede forderte er auf, ihm alle Reviere, in denen der von der Forstverwaltung abgeschlossene Tarifvertrag mit den Forstarbeitern nicht eingehalten wird, unter Schilderung der einzelnen Fälle namhaft zu machen. Zu der Frage der Akkordlöhne erinnerte der Minister daran, daß sie so festgelegt werden müssen, daß ein geübter Arbeiter etwa 25 bis 30 Proz. mehr als den Lohnsatz verdient. Ein scharfes Wort legte der Minister zu den Beschwerden über Revierverwaltung und Oberförster, die den Waldarbeitern gedroht hätten, sie würden aus der Arbeit hinausfliegen, wenn sie ihren Verbände beitreten würden. Dazu erklärte der Minister wörtlich:

„Ich werde jeden Forstbeamten befehlen, der es wagt, einem Waldarbeiter oder einem Bomanen wegen seiner Organisationszugehörigkeit oder wegen seiner politischen Überzeugung von der Arbeit auszuschließen oder bei der Arbeit zu benachteiligen oder bei Anklagen, die ihm gegenüber werden, in Nachteil zu stehen.“

Der Minister teilte ferner mit, daß unter Dranglegung aller Mittel, z. B. auch durch Ankauf aller Häuser auf dem Lande, die Wohnungsfrage für die Waldarbeiter und für die Forstbetriebsbeamten gelöst werden soll.

Sehr besorgt war Otto Braun auch um die

schnelle Errichtung von Betriebsräten

in den staatlichen Forstbetrieben. Das beweist eine Verfügung, die er am 7. Dezember 1920 an die preussischen Regierungsstellen richtete. Der entscheidende Teil dieser Verfügung heißt wörtlich:

„Nach § 102 des Betriebsrätegesetzes mußte die Erstwahl zum Betriebsrat spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes, also nach dem 8. Februar als dem Tage seiner Befreiung, eingeleitet werden. Da für die einzelnen Oberförstereien die Voraussetzungen für die Errichtung eines Betriebsrats oder die Wahl eines Betriebsobmannes vorliegen, ist von Fall zu Fall zu prüfen, wo die Voraussetzungen gegeben sind, ist nunmehr sofort die Wahl zum Betriebsrat oder eines Betriebsobmannes in die Wege zu setzen. Vom Geschehenen ist binnen vier Wochen zu berichten.“

In einer Verfügung vom 17. Dezember 1920, die sich mit der Begrenzung des Begriffes „ständiger Arbeiter“ beschäftigt, finden wir folgende markante Zeilen:

„Es muß das Bestreben der Forstverwaltung sein, möglichst in jeder Oberförsterei eine Arbeitervertretung,

Betriebsrat oder Betriebsobmann, zu schaffen; demgemäß ist der Begriff „ständiger Arbeiter“ im Sinne des Betriebsrätegesetzes möglichst weit zu fassen und nichts dagegen einzuwenden, wenn alle auch nur regelmäßig beschäftigten Arbeiter im Sinne des Betriebsrätegesetzes als ständige Arbeiter angesehen werden, sofern dadurch die Wahl einer Arbeitervertretung ermöglicht wird, die tatsächlich während des ganzen Jahres die Funktionen einer solchen ausüben kann.“

So wie sich Otto Braun hier um den rechtlichen Schutz der Forstarbeiter bemühte, bemühte er sich auch darum, die Forstarbeiter wirtschaftlich sicherzustellen. Zu Beginn des Jahres 1921 verfügte er eine zehnprozentige Erhöhung des Einschlaglohn in den Forsten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Wörtlich heißt es in dieser Verfügung:

„In den Oberförstereien, in denen ein Holzschlag wegen Erfüllung des Einschlaglohn bereits eingestellt ist, soll der Holzschlag sofort wieder aufgenommen werden. Arbeitsstellenverluste und Arbeiterentlassungen sind zu vermeiden. Der Holzschlag soll aus Beständen ausgebracht werden, die vorwiegend stärkeres Nadelholz liefern zur Gewinnung von Tischlerholz, Bauholz, Schwellenholz und Papierholz. In den Oberförstereien, in denen aus forstwirtschaftlichen Gründen ein Holzschlag nicht stattfinden kann, ist

Arbeiterentlassungen entgegenzuwirken

durch Einlegung von Durchforstungen in älteren Beständen der späteren Einschlagsperiode oder auch durch kleinere Abtriebe, namentlich von Flächen, die für dauernde oder vorübergehende landwirtschaftliche Nutzung in Frage kommen. Alle Schläge müssen sofort verkauft werden.“

Am 23. Februar 1921 wurde die Öffentlichkeit davon unterrichtet, daß der preussische Landwirtschaftsminister Otto Braun verfügt hat, daß in Erweiterung der bis dahin erungenen Erlasse über Landeszuweisung für Waldarbeiter auch an ehemalige ständige Waldarbeiter, die infolge hohen Alters oder Krankheit aus der Waldarbeit ausgeschieden sind und keine andere ihren Lebensunterhalt ausreichend gewöhnende Beschäftigung gefunden haben, kleine Flächen zur landwirtschaftlichen Benutzung freihändig, längstens auf sechs Jahre, verpachtet werden können. Die Verfügung erstreckt sich auch auf Witwen

der im Felde gefallen oder an den Folgen des Feldzuges verstorbenen ständigen Waldarbeiter. Für diese Witwen konnte ein bisheriges Pachtverhältnis fortgesetzt werden.

Das sind nur einige Feststellungen über die Tätigkeit Otto Brauns für die Forstarbeiter. Sie könnten noch wesentlich vermehrt werden; vor allen Dingen wäre noch zu schildern, wie entgegenkommend und mitfühlend er sich immer zeigte, wenn es galt, die Entlohnungsfrage in zweckmäßiger Weise zu regeln.

Besonders hervorzuheben muß die Verfügung werden, die er im September 1919 zu dem Zwecke erließ, die pommerischen

Sandjunker zur Raison zu bringen.

Es steht in der Verfügung zu lesen:

§ 1. In Fällen, in denen der Abschluß von Arbeitsverträgen zwischen Vereinigungen von Arbeitnehmern und einzelnen Arbeitgebern oder Vereinigungen von Arbeitgebern in der Landwirtschaft durch die beteiligten Personen verweigert wird, ist der Demobilisierungskommissar befugt, nach Anhörung landwirtschaftlicher Sachverständiger Arbeitsbedingungen für ein Kreisgebiet festzusetzen und sie für verbindlich zu erklären. Der Demobilisierungskommissar soll von dieser Befugnis nur Gebrauch machen, soweit land- und forstwirtschaftliche Spruchkammern noch nicht errichtet sind oder ihre Anrufung in dringlichen Fällen unzulässig ist; im letzteren Falle ist die Zustimmung der Landeszentralbehörde erforderlich.

§ 2. Weigert sich der Besitzer eines landwirtschaftlich benutzten Grundstücks, die gemäß § 1 durch den Demobilisierungskommissar festgesetzten und für verbindlich erklärten Arbeitsbedingungen zu erfüllen und wird infolgedessen die rechtzeitige Ausführung wichtiger landwirtschaftlicher Arbeiten gefährdet, so ist der Demobilisierungskommissar befugt, mit Ermächtigung der Landeszentralbehörde

die Verwaltung des Grundstücks einschließlich des Zubehörs dem Besitzer ganz oder zum Teil zu entziehen und dem zuständigen Kreisbauernverband zu übertragen.

Man nenne uns außer Otto Braun einen Landwirtschaftsminister, bemerkt dazu der Pressedienst des Deutschen Landarbeiterverbandes, dem wir diese Zitate entnehmen, der den Mut ausbrachte, ähnliche Verordnungen zu erlassen und in ähnlicher Weise die Landarbeiter vor der Agrarierwut zu schützen. Man wird keinen finden. Und weil keiner zu finden ist, deshalb ist Otto Braun der Mann, dem jede Stimme der Arbeiterklasse am 29. März gehört. Wer anders stimmt, hilft — direkt oder indirekt — dem Kandidaten der Junker und der Schwerindustrie.

Die Kunst der Selbstbescheidung.

Der fünfzigprozentige Jarres-Block.

Die außenpolitischen Auseinandersetzungen im Regierungslager sind eine Wiederholung der Auseinandersetzungen in der deutschnationalen Reichstagsfraktion vor dem 29. August 1924. Damals fand die deutschnationale Reichstagsfraktion den Ausweg, jedem fünfzigprozentig das Seine zu geben — fünfzig Prozent der Erfüllungspolitik und fünfzig Prozent der nationalistischen Wahlmagogie.

Heute haben wir eine fünfzigprozentige Reichsregierung und einen fünfzigprozentigen Jarres-Block. Der Reichsaussenminister führt wichtige Aktionen in der Sicherheitsfrage und der Wählerbundfrage, und die Presse der stärksten Regierungspartei veranstaltet ein agitatorisches Brillantfeuerwerk gegen diese Aktionen.

So lebt man schließlich friedlich fünfzigprozentig zusammen in harmonischer Ehe, wenn nicht immer wieder aus den eigenen Reihen Stimmen laut werden, die die Deffinitivität darauf aufmerksam machen, daß die harmonische Ehe vor der Scheidung steht. Deshalb ruft der schwerindustrielle „Tag“ angestrichelt: „Haltet Disziplin!“

Disziplin! Worin und wofür denn? Für die Außenpolitik Stresemann oder für die Politik der sogenannten „nationalen Opposition“? Oder am Ende gar für eine echt fünfzigprozentige Verabredung, das Volk zu betrügen und

gleichzeitig die eingeleiteten außenpolitischen Aktionen zu sabotieren? Ist der Ruf zur Disziplin ein Appell an die Alldeutschen, Herrn Stresemann erst nach der Wahl vor den Staatsgerichtshof zu fordern?

Der „Tag“ mahnt die Deutschnationalen:

„Wenn Außenleiter die Aufgaben der Stunde immer noch nicht begreifen wollen, so möchten wir erneut die Wohnung ins Land rufen: Haltet Disziplin! Staatspolitik setzt die Kunst der Selbstbescheidung voraus, nicht alle Blütenräume der Gesinnung können allen nach ihrem Wunsche reifen.“

Der „Tag“ mutet demnach den Deutschnationalen zu, die Blütenräume der „nationalen Opposition“ preiszugeben. Er geht noch weiter und versichert:

„Herr Jarres besitzt das besondere Vertrauen des Herrn Stresemann und umgekehrt.“

Das heißt deutlich herausgesagt: Die Kandidatur Jarres ist das Siegel unter den Umfall der Deutschnationalen von der „nationalen Opposition“ zur Erfüllungspolitik.

Die Deutschnationalen behaupten, Herr Stresemann habe Erklärungen gegeben, die sie zufrieden stellen. Die „Nationalpost“, das offizielle Organ der Deutschnationalen, veröffentlicht heute morgen einen scharfen Angriff gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, in dem Herr Stresemann deutlich als „deutscher Schwanengeist“ gekennzeichnet wird.

Schließlich kann nur einer recht haben. Entweder ist Herr Stresemann umgefallen oder die Deutschnationalen. Entweder hat Herr Stresemann kapituliert und seinen außenpolitischen Kurs preisgegeben, oder die Deutschnationalen akzeptieren die Erfüllungspolitik.

Der außenpolitische Kurs einer Regierung ist entscheidend für ihre Beurteilung. Er ist kein Geschäftsgeheimnis eines zu Wahlzwecken zusammengeschlossenen Blockes. Wie steht es also:

Treibt Herr Stresemann eine unaufrichtige, die deutschen Interessen gefährdende Außenpolitik?

Inszenieren die Deutschnationalen einen neuen fünfzigprozentigen Betrug an ihren Wählern? Markieren sie in der Presse „nationale Opposition“, um im Kabinett Erfüllungspolitik zu treiben?

Auf jeden Fall ist der Jarres-Block fünfzigprozentig einig. Ein echter Rampe-Block, halb und halb.

Ertappte Schwindler.

Eine Verächtigung des Genossen Picard.

Köln, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Die bodenlose Gemeinheit, mit der die Presse des Reichsblocks Verleumdungen gegen die Gegner ihres Präsidentschaftskandidaten austreibt, findet ihren Höhepunkt in dem im Berliner „Vokal-Anzeiger“ veröffentlichten Angriffen gegen die Genossen Meerfeld und Picard-Koblenz. Das Blatt behauptet, daß Picard in der berühmten Barmer Konferenz einen entsprechenden Schritt in der Frage der Ausrufung der rheinischen Republik gefordert und sich im allgemeinen auf den Boden der Versatzungspolitik gestellt habe. Dr. Meerfeld und die übrigen sozialdemokratischen Vertreter in der Versammlung sollen kein Wort der Ablehnung zu der Rede Picards gefunden haben.

Auf Grund dieses Aussages hat Genosse Picard, der zurzeit in Köln wohnt, der Redaktion des „Berliner Vokal-Anzeigers“ folgendes Telegramm geschickt: „Protestiere gegen Ihre unverschämte und beleidigende Behauptung, ich hätte am 24. Oktober 1923 in Barmen oder sonstwo mich für die Ausrufung der rheinischen Republik erklärt. Ich sah vielmehr vom 26. April bis 26. November 1923 wegen meiner deutschen Gesinnung in französischer Haft in Koblenz. Verlange sofortige Richtigstellung.“

ParteiSekretär Picard, zurzeit Köln.

Eine entsprechende pressegesetzliche Verächtigung wird dem Blatt zugehen. Genosse Meerfeld erklärt in der Angelegenheit: Selbst-

verständlich handelt es sich bei den Behauptungen des schwerindustriellen Blattes um einen grotesken Schwindel. In Barmen haben von sozialdemokratischer Seite nur Haas und ich gesprochen. Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß wir beide den bekannten Standpunkt der Partei — Ablehnung aller auf die Lockerung des Staatsgefüges gerichteten Rheinlandpläne — mit aller Schärfe vertreten haben. Nach meinen Aufzeichnungen habe ich mich ganz besonders gegen Jarres gewandt, der die Bepflanzung leichte und seine unheilvollen Versatzungspläne propagierte. Nicht minder scharf habe ich Herrn Rosdenhauers Pläne bekämpft, die für das besetzte Gebiet eigene Währung und eigenes Steuerrecht verlangten.

Für unsere charakterfeste Haltung werden wir hinterher durch schmutzige nationalistische Verleumdungen belächelt. Das Rheinland wäre längst verloren, wenn wir damals den Jarres und Konferten Gehör geschenkt hätten. Daß das nationale Unglück einer Postrennung verhütet worden ist, dafür hat das Volk nicht zuletzt der rheinischen Sozialdemokratie zu danken.

Die Abwertungsvorlage.

Der Zusammenbruch des deutschnationalen Schwindels.

Heute sollte endlich die sogenannte Aufwertungsnotlage der Reichsregierung veröffentlicht werden. Man will aber noch etwas warten, damit die Wirkung bei der Wahl nicht allzu peinlich ist. Sie wird endgültig die letzten Hoffnungen, die gläubige Rechtswähler auf die großkapitalistischen Parteien der Deutschnationalen und Volkspartei gesetzt hatten, zerstören. Sie ist nach den Mitteilungen, die bis jetzt bekanntgeworden sind, nicht eine Vorlage für die Aufwertung, sondern gegen die Aufwertung. Es wird in der Vorlage für die Reichsanleihen grundsätzlich an der Unterscheidung zwischen altem und neuem Besitz festgehalten. Als alter Besitzer gilt, wer die Anleihen vor dem 1. Januar 1920 erworben hatte und das durch die Vermögenssteuernachweisung erhalten kann. Für diese alten Anleihebesitzer wird zur Verzinsung ein Betrag von jährlich 40 Millionen Mark ausgeworfen. Wie hoch der Zinssatz infolgedessen ausfallen wird, hängt noch von der Höhe der Anmeldungen auf Grund dieser Regelung ab. Diejenigen, die ihre Anleihen erst nach dem 1. Januar 1920 erworben haben, erhalten keine Verzinsung, bis die Verpflichtungen aus den Reparationszahlungen abgetragen sind. Grundsätzlich soll der Besitz an Anleihen auf 5 Prozent des Nominalwertes festgelegt werden. Für besonders notleidende Zeichner der Kriegsanleihe soll außerdem eine besondere Verzinsung von 2 Prozent in Betracht kommen, für die weitere 40 Millionen ausgeworfen werden sollen, so daß insgesamt 80 Millionen (!) für den Zinsdienst des Reiches in Betracht kämen. Bezeichnenderweise belagen die bisher bekanntgewordenen Nachrichten gar nichts über die Aufwertung der Hypotheken und Industriebobligationen wie über die Aufwertung der Gemeindeanleihen. Der Bestische Entwurf ist selbstverständlich von der Großkapitalistenregierung glatt abgelehnt worden. Die Millionen Sparer und Gläubiger haben also einer Regierung zum Siege verhoffen, die sie entgegen allen Versprechungen gründlich um ihre Rechte betrügt. Nun wird man wohl endlich im Volke begreifen, was deutschnationale Wahlversprechungen wert sind.

Der Sparverband kneift.

Die führende Organisation der Sparer, der unter völkisch-deutschnationaler Führung stehende Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband weigert sich, aus dem Aufwertungsbeitrag der Deutschnationalen die für jeden denkenden Menschen selbstverständlichen Konsequenzen zu ziehen. Anstatt zu einem den Deutschnationalen feindschaftlichen Kandidaten zu raten, proklamiert diese Organisation die Stimmenthaltung der Sparer beim ersten Wahlgang. Sie wagt es nicht, für den Rechtsblockkandidaten Jarres einzutreten, weil sie genau weiß, daß ihre Anhänger schon jetzt in Scharen in das Lager der Republikaner übergegangen sind und endlich die Demagogie der Rechtsradikalen erkannt haben. Deshalb kneift die Verbandsleitung und will durch ihre Rundgebung wenigstens bewirken, daß die Stimmen der betrogenen Sparer nicht einem Republikaner zufallen.

Demgegenüber sei noch einmal festgestellt, daß derjenige keinen Grund zur Beschwerde über die Politik der Reichsregierung hat, der

Volkstümliche Tierkunde.

Das Zoologische Museum in neuer Form.

Am Museum für Naturkunde wird zum 1. April der Erweiterungsbau mit den zoologischen Sammlungen eröffnet werden. Die Ungunst der Zeit hatte es bisher verhindert, diesen großen sechsstöckigen Rückfügel des Museumsbaus an der Invalidenstrasse, der im Krieg fertiggestellt worden ist, im Inneren einzurichten und die Tiermuseen dem Publikum zu bieten. Um wenigstens die biologischen Gruppen zeigen zu können, ist jetzt eine provisorische Ausstellung vorgenommen worden, und sie wird vom 1. April ab zu den üblichen Besuchsstunden zugänglich sein.

Die Museumsleitung hat für die neue Ausstellung mit dem Grundgedanken zielbewusster Trennung von wissenschaftlichen Studien- und Lehrsammlungen und einer allgemeinen Schauausstellung erfindung gemacht. Zu sehen ist nunmehr in dem neuen Erweiterungsbau eine großartige Uebersicht über die deutsche Tierwelt. Anschließend daran ist die Klasse der Haustiere, auch der ausländischen bis zum Elefanten, Nashorn usw., besonders vorgeführt. Früher war alles nach Tierklassen geordnet, jetzt wird diese Art von systematischer Zusammenstellung durchbrochen, und mit Gruppen aus dem Tierleben und dergleichen soll der Betrachter in neuer Art zum Denken angeregt werden. Wie fliegen die verschiedenen Tiere? Wie schwimmen sie? Wie unterscheiden sich Pflanzen- und Fleischfresser? Wie ist die Brutpflege? Das sind Fragen, vor die man nun unmittelbar gestellt wird.

Der besondere Stolz des Museums sind die großen biologischen Gruppen, zum Teil in panoramatischer Ausstellung. Da ist ein isländischer Vogelberg mit den von Groß-Lummen besetzten Felsklippen, mit Papageitauchern am Klippenrand und Durchfliegen aufs Meer. Daneben ein südlicher Felsberg, wie er sich ehemals darstellte, als der Bär dort noch in der Höhle hauste, und dann eine prächtige Gamsgruppe auf der Alpenhöhe. Rehe im Winter erscheinen vor einer märklichen Klippenformation, Rehbühner mit ihren Jungen nisten im Kleeblatt. Die Hintergrundlandschaften sind hier Arbeiten des Malers Steegner-Bund. Damwid im Briefstiel bei Birkenwerder erscheint, eine Gruppe Säuen an der Quelle sind ausgehauet, die großen Wälder bei Bialowez, ein Stück Samlandküste, Büchse schneiden einen Vogel an. Nicht nur diese großen Schaustücke aus dem Tierleben machen den Sammlungsbesitz lebendig. Hier stehen kleinere Zusammenstellungen: „Was man unter einem Feldstein findet“, der heilige Willendreher beim Wälzen der Wille, Feuer Salamander, Schlangen und alle niederen Tiere bis zu den Würmern, den Schwämmen, den Urtieren und den Polypen, die unser Süßwasser enthält.

Dem Bedürfnisse der Tierkundler ist mit systematisch vollständigen Reihen von Schmetterlingen, Käfern und dergleichen für Zwecke ihrer Bestimmung Rechnung getragen. Stammgäste will das Museum sich überhaupt mit allen verfügbaren Mitteln heranziehen. Ein Verein der Freunde des Zoologischen Museums wurde begründet, der eine im ersten Heft vorliegende, sehr lehrreiche Zeitschrift herausgibt. Die Sammlung soll möglichst lange in den Abendstunden geöffnet bleiben, dafür ist später Beseitigung

nötig, wofür der Erweiterungsbau einzurichten ist. Und ein eigener Hörsaal ist vorgesehen für Abendvorlesungen über einzelne Tiergebiete, die dem Publikum dort mit den Schranken des Museums vor dem Abfließen erläutert werden — im Anschluß daran bleibt die Sammlung geöffnet, um vor den Originalen betrachtet zu werden.

Ein Anfang ist jetzt da, und mit den Mitteln des Staates und hoffentlich vieler Freunde wird es weitergehen, um z. B. den Bau der Tiere, die Zusammenhänge zwischen Bau und Lebensweise usw. in kleinen Sammlungen zu zeigen, die wissenschaftlich durchgearbeitet, aber schon dem Schüler verständlich sind.

Jarres & Co.

Politikalien engros.

Achtung! Billige Jarrestage. Ausverkauf mit Schnapsumlage: Alles Hafentreuzebelänge, ff. Siegertranzgefänge, Lutherworte, Rumpelroschen, Deutsche Männer, volle Taschen, Hedenschwüre, Ruhmlichkeiten, Altentate, blaue Bohnen, Blech für alle Lebenslagen, Korruptföndchen, Hitlertragen, Eingegangene Kaiserjähne, Reduzierte Massensöhne, Sehnsucht nach vergangenen Tagen, Schlachtgebrauch (in Gummitrügen), Kunzknüppel, Hahngedete, Zigeuner, Haken-Roethe, Bildgemordne Oberlehrer, Routinierte Morastlehrer, Schwarzweihrote Gummizellen, Nationale Radiowellen, Söhne Teuts beim Feindeküssen, Aufwertung — Verfassungspillen, Jektus, Stimmung, deutsche Tiere, Heilsarmee und Rachechwüre, Krier, die nach Laten dürsten, Pensionierte deutsche Fürsten, Trepigbärte, Kinderlutscher, Große Gauner, keine Pustcher, Korpsstudenten, Flohdressuren, Nationale Massendräse, Kaufen Sie! Bel uns ist Klasse, Alles beste teutsche Rasse, Eine feine Kollektion! Ru, wie is — mein lieber Cohn ... ?!

Satzblätt.

Volkstümliche Tierkunde. Der Verband der deutschen Volkstümlichen Vereine, der in seinen nahezu 200 Theatergemeinden heute fast 600 000 Mitglieder zählt, beruft seinen sechsten Volkstümlichen Tag für die Zeit vom 25. bis 28. Juni nach Jena. Die Tagesordnung steht neben dem üblichen Geschäftsbericht den Abschluß von Verhandlungen über die Schaffung eines „Volkstümlichen Programms“ vor, dazu einen Vortrag über die „soziale Mission der Volkstümlichen“ und zwei Referate zu dem Thema „Jugend und Volkstümlichkeit“. Bei der wachsenden Bedeutung der Volkstümlichenbewegung für die deutsche Theaterkultur werden die Beratungen allgemeinem Interesse begegnen.

„Gesüßelte Worte“. Wandernde Poesie, weiltumziehende Sprachweiselheit, eine Art deutscher Geistes- und Kulturgeschichte, ein Zitatenschatz des deutschen Volkes, so kann man mit Recht „Büchermans Gesüßelte Worte“ nennen, die soeben 60 Jahre nach ihrem ersten Erscheinen in 27. Auflage vom Verlage der Haude u. Spenerischen Buchhandlung in Berlin in musterwürdiger Ausstattung herausgegeben sind. Als Georg Büchmann im Jahre 1863 seine Sammlung zum ersten Male erscheinen ließ, umfaßte sie nur 750 Zitate. Unter der Mitarbeit der Gelehrten der ganzen Welt haben seine Nachfolger die Sammlung so erweitert, daß sie heute über 4000 Zitate aller Zeiten und Völker bietet. Alle diese „Gesüßelten Worte“ bilden — geordnet in 24 Abschnitten — einen abgeschlossenen Vorkurs, den man mit seinen Quellennachweisen im Zusammenhang lesen kann, der aber auch ein nie verlegendes Nachschlagewerk darstellt. Die vorliegende neue Auflage ist ein Beweis dafür, daß dieses Buch nicht an Interesse verloren hat. Von den etwa hundert neu aufgenommenen Zitaten seien als besonders interessant hervorgehoben: Das Recht auf Arbeit — Proletariat aller Länder vereinigt euch! — Ein freies Papier (Bethmann Hollweg) — Wie ich sie auffasse (Michaëlis) — Der Untergang des Abendlandes (Spengler) — Der Feind steht rechts (Büch) — Silberstreifen (Stresemann).

Einführung. Die kommunistische Amazone Ruth Fischer klagt einem ihrer Parteigenossen, daß sie mit Arbeit so ungeheuerlich überlastet sei. „Es ist ganz entsetzlich, in wie vielen Versammlungen ich sprechen muß. Ich nehme ordentlich ab dabei.“ — „Ja, ja,“ sagt der Genosse teilnehmend, „die Partei auch.“ (Aus der am Freitag erscheinenden Nummer des republikanischen Wipplattes „Lachen links“.)

Genü Töllers „Schwalbenlieder“, gelungen von Wilhelm Guitmann (am Rande der Kompanie) gelangen am Sonntag, 23. Mittags 1/2, 12 Uhr, in der Volkshalle, Theater am Schlossplatz, zur Aufführung. Außerdem werden selten gehörte Werke: „Aus der Wälder Liebesgarten“, Liebesglück von 12 Göttern, von Max Wittmer und Richard, „Aus dem hohen Lied Salomons“ zum Vortrag gebracht. Mitwirkende: Franz Bäcker-Straßer, Paul Schramm, das Dens-Quartett.

Infolge der Reichspräsidentenwahl fällt die Opernvorstellung am 29. nachm. 3 Uhr, im Theater des Westens aus. Die nächsten Partien werden an Stelle II des Theaters für den 5. April umgewandelt.

Kalla Sterns tanzt am 27. im Pavillon Moskito auf dem Söll der Kallherzstraße, begleitet von Eitz, neue Stimmung, Sololänge.

Das Metropo-Theater bleibt wegen Vorbereitung der Roubini-Laufend (die Reinken) (Kallplätdirektion Walter Dromms) am Donnerstag und Freitag geschlossen.

Unsere Wahlversammlungen.

Mahlsdorf.

In einer gut besuchten Versammlung in Mahlsdorf sprach Genosse Sempert. Er ging aus von der historischen Entwicklung des Sozialismus, schilderte das Werden Eberts und rechnete mit den Kommunisten ab. Was tun die Kommunisten, die sich auch Arbeiterführer nennen, zur Abwehr der reaktionären Ziele? Sie stellen einen eigenen ausichtslosen Kandidaten auf und treiben damit sozusagen Arbeiterverrat. Es gilt für uns, in diesem Entscheidungsfeld für den wahren demokratischen Volksstaat einzutreten. Daher muß jeder schaffende Republikaner bei der Präsidentschaftswahl für Otto Braun stimmen. In der Diskussion wendeten sich keine Gegner zum Wort, nur Genosse Kämmerling sprach im Sinne des Redners. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

Legel.

Die Versammlung im Strandklub in Legel war gut besucht. Genosse Rudolf Wissell führte einleitend aus, daß die Wahl des Reichspräsidenten durch das gesamte deutsche Volk einzig in der Welt dastehe. Friedrich Ebert hat das verantwortungsvolle Amt des Staatsoberhauptes mit voller Hingabe geführt. Das beweist die öffentliche Verehrung, die man ihm entgegengebracht hat. Es ist bezeichnend, daß man erst nach langem Suchen im Lager der Rechtsparteien Herrn Jorres als den Mann erwidert hat, der der „beste“ und „würdigste“ ganz Deutschlands sein soll. Gerade er trägt die Schuld daran, daß die Dinge in der letzten Zeit sich so ungünstig für die Arbeiterschaft auswirken konnten. Der einzige Kandidat des arbeitenden und schaffenden Volkes ist Otto Braun. Darum muß am kommenden Sonntag jeder für diesen Kandidaten seine Stimme in die Wahlurne werfen. Die Ausführungen des Referenten fanden allgemeinen Beifall. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Überfall auf eine Kontoristin. Die in dem Rechtsblock, Potsdamer Straße 118, angestellte Kontoristin Marie Hopp hatte den Auftrag erhalten, vom Postamt in der Dorothienstraße Geld abzuholen, und zwar 6000 M. Auf dem Heimweg wollte sie in der Passage unter dem Blinden eine Firma aufsuchen. Als sie sich die Treppe hinauf bewegte, trat ihr plötzlich ein junger Mann entgegen, der ihr ein Dolchmesser auf die Brust legte und ihr androhte, sie zu erschlagen, wenn sie um Hilfe rufe. Er riß dem bestürzten Mädchen die Tasche aus der Hand und verschwand ungehindert. In der Tasche des Mädchens befanden sich in der Tasche auch ein Brief an den Reichspräsidentenkandidaten Dr. Jorres und ein weiterer Brief an einen Herrn Kuckelforn. Die das junge Mädchen betrudel, soll der Räuber gefasst werden. Sie rief rühmlich! Sehen Sie weiter und erwidern Sie Ihre Geschäfte! Dieses ist ein kommunistischer Versuch! Sie sind hilflos! Es handelt sich aber um ein Verbrechen, ein Verbrechen gewöhnlicher Art. Der Täter wird die Kontoristin auf dem Postamt beobachtet und sie heimlich verfolgt haben. Die Verfolgung blieb ergebnislos, auch die weiteren Recherchen haben noch keinen Anhalt zur Ermittlung des Täters geliefert.

Brüder wählten Kommunisten und Sozialdemokraten. In der vergangenen Nacht um 11 Uhr gerieten auf dem Fappelpfad im Vorderen Stahlfeld einige mit Kommunisten aneinander. Die Sozialdemokraten wurden beschimpft und mißhandelt. Einer der Sozialdemokraten wurde verletzt und wurde von seinen Kameraden nach der nächsten Rettungsstelle gebracht. Beim Eintreffen von Schutzpolizisten wurden die Kommunisten und entkamen im Dunkel der Nacht.

Die nefecker Männerchor. Die Mitglieder trafen sich am Mittwoch, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr, im Sportpalast zur Teilnahme am Waffengebrauch.

Ein Tankleichter in die Luft geflogen.

Neuf Arbeiter getötet, drei schwer verletzt.

Eine furchtbare Explosionskatastrophe ereignete sich heute vormittag im Hamburger Hafen. Kurz vor 9 1/2 Uhr entzündete auf dem Tankleichter „Salurn“ der Kraluper Maschinenöl-Raffinerie in Prag, der bei der Firma Rudolf Otto Meyer auf der Hafentreppe Grassbrook zur Reparatur lag, eine gemaltige Explosion, die wahrscheinlich durch Entzündung eines Dampfluftgemisches entstanden ist. Der Tankleichter wurde vollständig auseinandergerissen und große Teile des Schiffes auf die umliegenden Fabrikgrundstücke geschleudert. Von den Arbeitern und der Besatzung, die auf dem Schiffe tätig waren, sind, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, 8 getötet, 3 werden noch vermisst. Man nimmt auch an, daß sie getötet sind. Weiter sind 3 Arbeiter schwer und 2 leicht verletzt. Die durch die Explosion hervorgerufenen Zerstörungen sind sehr umfangreich. Von den umliegenden Schuppen wurden ganze Dächer abgedeckt. Die Tanker selbst sind im weiten Umkreis zersplittert.

Gewerkschaftsbewegung

Die Korruption der Kommunisten.

Nach russischen Vorbildern.

Unsere Veröffentlichungen über die Korruption in den russischen Gewerkschaften sind der „Roten Fahne“, die von der russischen Regierung ausgehalten wird um Lügen und Verleumdungen gegen die deutsche Arbeiterbewegung auszustreuen und den Bolschewismus in Deutschland zu kultivieren, in die Knochen gefahren. Die Richtigkeit unserer Mitteilungen, die sich auf Verleumdungen des Vorsitzenden des russischen Gewerkschaftsbundes Tomski stützen, kann selbst das bolschewistische Blatt nicht bestreiten. Es sucht also diese Korruption in den russischen Gewerkschaften zu beschönigen.

Die russischen Gewerkschaften, sagt das Bolschewistenblatt, seien erst nach der Revolution Massenorganisationen geworden. Bei dem Fehlen jeglichen geschulten Funktionärkörpers wurde zunächst die Zwangsorganisation eingeführt. Solange die Mitgliedsbeiträge von den Betriebsleitungen (also von den Unternehmern) direkt an die Gewerkschaftskassen abgeführt wurden... ging die Beitragsleistung und Berechnung glatt vonstatten. Als aber nicht mehr die Unternehmer für die russischen Gewerkschaften die Arbeit ausführten, kam es zu jenen Korruptionsercheinungen. Die „Rote Fahne“ schreibt wörtlich:

Daß bei dem Mangel jeglicher praktischer Erfahrung, bei dem kulturellen Rückstand großer Arbeiterschichten sich hierbei ungeheure Schwierigkeiten ergaben, ist jedem objektiv denkenden Menschen — nur keinem verbotenen Menschewitz — klar und verständlich. Jetzt aber sei die russische Gewerkschaftsbewegung endlich auch auf organisatorischem Gebiet so weit, um diese Korruptionsercheinungen zu beseitigen.

Soweit das Bolschewistenblatt zur Verteidigung. Wir müssen gestehen, daß wir selbst niemals in dieser geradezu niederschmetternden Anklage gegen die russischen Bolschewisten so weit gegangen sind. Also diese Analphabeten, der jeder Erfahrung in gewerkschaftlichen Dingen, die noch nicht einmal imstande sind, eine geregelte Beitragszahlung durchzuführen und dazu der Unternehmer bedürfen, diese Leute, die in gewerkschaftlichen Bedingungen noch nicht trocken hinter den Ohren sind, machen sich an, der Arbeiterbewegung der ganzen Welt, insbesondere der Arbeiterbewegung Mittel- und Westeuropas, die seit achtzig Jahren gegen das Kapital kämpft, Ratschläge zu machen über die Organisierung der Arbeiterschaft, über Taktik und Grundzüge der Arbeiterbewegung! Diese Säuglinge des Gewerkschaftskampfes spielen sich als Lehrmeister auf. Sowie zunächst zur Verteidigung der russischen Gewerkschaften durch die „Rote Fahne“.

Dann erlaubt sich dieses Blatt für gewerkschaftliches und politisches Analphabetentum zum Angriff überzugehen. Es behauptet, daß in der deutschen Sozialdemokratie die Korruption eine alltägliche Erscheinung sei und fragt humorell, was mit den Bauer, Heilmann, Gradnauer, Schwarz (?), Robert Schmidt, Rautner, Fischer (?), Braun und den vielen vielen anderen, die mehr oder minder durch den Barmat-Skandal belastet seien, geschehen sei.

Wie aber ist es mit führenden Mitgliedern der A.P.D., die schwer befaßt sind? Wo ist der Untersuchungsausschuh der A.P.D. gegen den Barmat-Koerper? Es wurde wohl seinerzeit angekündigt, daß er sofort in Aktion treten werde, man hat aber bisher nicht das geringste davon gehört. Und was hat die A.P.D. gegen den Arbeitergelohnnehmer Stoll unternehmen? Dieser dunkle Ehrenmann darf heute noch als Führer der A.P.D. eine zweifelhafte Rolle spielen. Und wie ist es mit diesem Striehl, der in der „Roten Fahne“ als Sittenrichter auftreten durfte und den wir im „Vorwärts“ abunterfeien mußten?

Wir könnten diese Liste beliebig verlängern. In der deutschen Arbeiterbewegung, in den Gewerkschaften, wie in der Sozialdemokratischen Partei ist es nicht üblich, daß man große Unbekannte, wenn sie nur den Mund weit aufreißen, plötzlich zu Führern beruft. Diese Methode hat die A.P.D. aus Russland übernommen, und daher erklären sich auch die bei ihr alltäglichen Korruptionsercheinungen. Sich von struppelosen Demagogen, Kindern und Narren führen zu lassen, lehnt die deutsche Arbeiterschaft dankend ab.

In Polen ist nichts zu holen.

Die leicht begreifliche Neigung, im Auslande besser bezahlte Beschäftigung zu suchen, führt leicht zu Enttäuschungen. Nicht immer ist der Stellungsuchende so vorsichtig, sich zuvor genau über die Arbeitsbedingungen zu informieren wie in dem Falle, in dem der nachstehende Anstellungsvertrag des ermöglichte.

An die hiesigen Aktiengesellschaft, Berlin W 10. Hierdurch bestätige ich, von Ihnen als Lokomotivführer für Birnbaum (Polen) engagiert worden zu sein, gegen ein monatlich postnumerando zahlbares

Gehalt von 150 M. (Hundertfünfzig Mark). Ich verpflichte mich, den Anordnungen meiner Vorgesetzten auf das Genaueste nachzukommen und sowohl während meiner Tätigkeit bei Ihnen, als nach Ausscheiden aus Ihren Diensten über sämtliche zu meiner Kenntnis gelangende Angelegenheiten strengstes Stillschweigen zu bewahren. Meine Arbeitszeit wird von Ihnen festgesetzt und beträgt durchschnittlich acht Stunden; wenn es notwendig ist, arbeite ich auch gern länger.

Im Falle einer Erkrankung verpflichte ich mich, mich auf Ihren Wunsch und Ihre Kosten von einem von Ihnen zu bestimmenden Vertrauensarzt untersuchen zu lassen und dessen Urteil als allein maßgebend anzuerkennen.

Der Gerichtsstand für alle sich aus diesem Vertrage ergebenden Streitigkeiten sind die ordentlichen Gerichte, d. h. das Landgericht I Berlin, unter Ausschluß der Kaufmannsgerichte. Die Kündigungsfrist ist gegenseitig monatlich festgesetzt; mündliche Nebenabreden neben diesem Vertrage sind nicht getroffen; Änderungen bedürfen der Schriftform.

Mein Eintritt erfolgt am 14. März 1925. Der erste Monat gilt als Probemonat. Die Gehaltszahlung von Berlin nach Birnbaum wird mir von Ihnen vergütet.

Der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter oder Angestellte hat die Möglichkeit vor Eingehung eines Arbeitsverhältnisses im Auslande sich zuvor genau über die gesamten Verhältnisse zu erkundigen bzw. Erkundigungen durch seinen Verband vornehmen zu lassen. Wer von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht, muß erst durch Schaden klug werden.

Zum Schiedspruch im Ruhrkohlenbergbau.

Bochum, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau wurde gegen die Zustimmung der Unternehmervertreter gefällt, welche den Schiedspruch mit allen Einzelheiten, unter Hinweis auf die für die Beschäftigten bewiesene außerordentlich bedrohliche Lage des Ruhrbergbaues, abgelehnt haben. Die Tarifparteien werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedspruch Stellung nehmen.

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Paris, 25. März. (Hil.) Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat gestern eine Resolution zugunsten der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achttundentag angenommen. Die Kommission ist jedoch der Ansicht, daß die Beitrittserklärung Frankreichs erst dann erzieht werden kann, sobald das Abkommen von Deutschland, Großbritannien und Belgien ratifiziert wird.

Zusammenbruch des griechischen Generalstreiks.

Athen, 25. April. (Hil.) Meldung der Agence d'Athènes. Die Generalstreik der Eisenbahner meldet das Ende des Streiks. Alle Streikenden nahmen gestern morgen die Arbeit bedingungslos wieder auf. Die Regierung wies die Forderung zurück, das während der Dauer des Streiks neu eingestellte Personal zu entlassen. Durch ihre Festigkeit hat also die Regierung über die kommunistischen Machenschaften gestiftet. Wir besitzen gegenwärtig leider keine anderen als diese offiziellen Nachrichten. Es scheint sich jedoch auch hier wieder um eine jener schweren Niederlagen zu handeln, in die die Kommunisten unerfahrene Arbeiter, die ihnen Gehör gaben, hineinzieht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 26. Abt. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Wochentägliche Mitglieder-Versammlung bei Gen. Fritz Preussner Allee 209.
101. Abt. Leipzig. Die Handbittensammlung findet heute nachmittags von 4 Uhr ab in der „Korner'schen“ Gesellschaft statt.
136. Abt. Reinickendorf, Ost. Der Frauenabend am Donnerstag 1925 mit

Berliner Elektriker-Genossenschaft
Ingenieur, dem Verb. sozialer Handbetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1108
Filiale Westan, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzberg 9531
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Schokoladen
Boubon / Stangen Negerküsse
Oster-Artikel
In großer Auswahl
Paul Grindel, Dirckensstraße 47
nahe Bahnhof Börn.

A. Beheim - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatbank
(I. F. Eggers)
Neukölln, Anmeldung, Gangoferstr. 1
und Eberlauer Str. 82 (Privatwohnung)
Berlin neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-
ehrgän e - Fernspr.: Neukölln 1063

Volkstümlicher Verkauf

Advertisement for shoes with various styles and prices. Includes images of shoes and text descriptions.
Leder-Spangen-Schuh höher Absatz, runde Form 2.85
Bräune u. schwarze Kinderstiefel u. Halbschuhe, mod. breite Form, gutes Material, Gr. 31-35 5.90
Echt Rindbox moderne Form gutes Material 6.90
Kräftiges Spaltleder ohne Vorderkappe 5.90
Herrn-Halbschuhe, Rand weiß gedoppelt, mod. spitze Form 9.90
do. mit grau Ledereinsatz 12.80
Braun Boxspring modern 11.90
Herrnstiefel braun Doxrind 10.90
Echt Chevreu Doxrind und u. Chromleder mod. runde Form 5.90
Brauen edel Chevreu Schnür- oder Spangenschuhe mit 3 Spangen mod. Formen 6.90
Neue Fr. Wollrammmodalle Lack, braun Chevreu etc. etc. besond. feine Sachen 14.20, 13.50
Brauen und schwarze 3-spang. und Schnürschuhe, edel Doxrind Doxrind u. Chromleder in verschiedenen neuen Ausbildungen 9.90

Gross-Deleil Schuh-Lokal Behrndt
Münzstr. 25
Frankfurter Allee 64
Kottbuser Damm 13
Lack- oder Box-cs 7-5 knürsch. 9.80
Orig. Goodyear Welt 8.90
En Polen Tu... 9.90
Stoffhaus- 9.90
Fell-farbig, Damen-Hauschuhe... 1.83